

Wie ist dieser Krieg zu deeskalieren und zu beenden? Teil 1

Perspektiven für Sicherheit und einen gerechten Frieden in der Ukraine und Europa

Martina Fischer

27.07.2023 / 27 Minuten zu lesen

Nach Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs der russischen Regierung gegen die Ukraine befasste sich die Autorin im Deutschland Archiv am 26. April 2022 mit der Genese des Konflikts. Sie vertrat die Einschätzung, dass man trotz aller Verzweiflung und Empörung über das brutale Kriegsgeschehen die Hoffnung auf die Neugestaltung einer Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa nicht aufgeben dürfe. Nach eineinhalb Kriegsjahren und zahllosen Kriegsverbrechen fällt es schwer, dafür Visionen zu entwickeln. Dennoch sollte weiter über Perspektiven für Sicherheit und Frieden in Europa nachgedacht werden. Vor allem gilt es nach Wegen suchen, um die Eskalationsspirale zu durchbrechen und das Sterben auf beiden Seiten zu beenden. Es ist schwer vorherzusagen, wann sich ein Fenster dafür öffnet – aber man muss jetzt dafür Vorbereitungen treffen. Und man sollte auch über Europa hinausschauen und Voraussetzungen für die Bewältigung globaler Friedensgefährdungen schaffen.



Arbeiter bauen Häuser und eine Brücke in der Stadt Sviatohirsk wieder auf, die von russischen Truppen zerstört wurden, in der Region Donetsk Ukraine am 20.7.2023 aufgenommen. (© picture-alliance, AA, Gian Marco Benedetto)

Seit Beginn des Überfalls der russischen Armee auf die Ukraine konzentrierte sich der öffentliche Diskurs hierzulande vor allem auf die Frage der Waffenlieferungen und die von Bundeskanzler Scholz verkündete „Zeitenwende“. Zahlreiche Fernseh-Talkshows widmeten sich der Dynamik des Krieges, nicht immer in ausreichender Differenzierung. So wurde die Regierung wegen anfänglicher Zurückhaltung bei der Lieferung schwerer Waffen, die der Abstimmung mit den Verbündeten geschuldet und durchaus begründet war, als zu zögerlich gescholten. Warnungen vor Eskalationsgefahren wurden, ebenso wie kritische Nachfragen zur Verschuldung und massiven Erhöhung der Militärausgaben, als Verrat an der Ukraine betrachtet.

Analysen, die den Krieg in eine übergeordnete globale Konfliktlage einordnen und auf dieser Grundlage nach Ansätzen für Deeskalation suchen, gerieten in den Verdacht, die Verantwortung für den Angriffskrieg zu relativieren. Die empörten Reaktionen sind verständlich, denn schließlich wurde ein Land

überfallen und mit entsetzlichen Kriegs- und Menschenrechtsverletzungen überzogen, und es steht außer Frage, wer Täter und wer Opfer ist.

Mit der Zerstörung des Kachowka-Staudamms kam am 6. Juni 2023 eine weitere Katastrophe hinzu, unter der zahllose Zivilist:innen leiden. Es gilt weiterhin, die Ukraine als souveränen Staat zu retten, dessen Zerschlagung die russische Führung explizit ankündigte, und der ein Recht auf Selbstverteidigung hat. Gleichwohl wirft dieser Krieg ethische Fragen auf, für die es keine einfachen Antworten gibt.

Alternativlose Waffenlieferungen und chancenlose Diplomatie?

Neben umfangreichen Sanktionen gelten vor allem Waffenlieferungen an die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 für die Mehrheit der politisch Verantwortlichen in den Nato- und EU-Mitgliedsländern als alternativlos. Gleichzeitig betonen die meisten, dass sie nicht selbst „Kriegspartei“ werden wollen. Allerdings bleiben die Zielsetzungen der militärischen Unterstützung recht „nebulös“, wie Samuel Charap, Politikanalyst bei der RAND-Corporation, in einem Beitrag für Foreign Affairs bemerkt.^[1] Daher – und weil sich die Begründungen für die politischen und militärischen Entscheidungen zuweilen als widersprüchlich erweisen – sind kritische Nachfragen geboten.^[2]

Inzwischen fragen sich immer mehr Menschen – auch jenseits des pazifistischen Spektrums –, ob ein mehr an Waffen und eine Fortsetzung des Kriegs auf unbestimmte Zeit die Aussichten für einen „gerechten Frieden“ tatsächlich erhöhen. Zum Jahrestag des Angriffs im Februar 2023 häuften sich die Friedensappelle. Einige ließen leider die klare Aufforderung an die russische Führung, die Truppen aus der Ukraine zurückzurufen, vermissen. Aber manche plädierten auch mit guten Argumenten für friedenslogische Sichtweisen und für eine langfristige kooperative Sicherheitspolitik.^[3]

Das Plädoyer für mehr Diplomatie und die Vorbereitung von Verhandlungen wurde in der darauffolgenden Debatte von politischen Akteur:innen oft

pauschal mit dem Hinweis zurückgewiesen, die Voraussetzungen dafür seien bis auf Weiteres nicht gegeben, wie zum Beispiel Wolfgang Ischinger (2023) explizit beklagte. Aus dem christlichen Spektrum, in dem über friedensethische Grundlagen seit geraumer Zeit sehr kontrovers diskutiert wird (vergleiche dazu die Übersicht von Thomas Hoppe), gab es neben zahlreichen Solidaritätsbekundungen für die Ukraine daher auch kritische Nachfragen.^[4]

Die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Annette Kurschus, betonte in ihrer Osterbotschaft (bei Anerkennung der Notwendigkeit von militärischer Unterstützung), zwar seien Verhandlungsmöglichkeiten im Moment sehr erschwert, „dennoch dürfen wir als Christen zu keiner Zeit sagen, es kann keine Gespräche geben“.^[5] Verhandlungen auf Augenhöhe ergäben sich nicht von selbst, man müsse sich aktiv darum bemühen, meint Kurschus, und: „Ich weigere mich, den Ruf nach Verhandlungen als zynisch und naiv abzutun“.^[6] Ein prominenter Vertreter der katholischen Kirche, Kardinal Reinhard Marx, kam zeitgleich zu dem Schluss: „Man sagt jetzt oft, die Ukraine allein entscheidet, wann der Krieg zu Ende geht. Aber ich denke, das ist ein bisschen zu kurz gegriffen. Wenn wir Waffen liefern, haben wir auch eine Verantwortung, denn mit unseren Waffen werden Menschen getötet. Deswegen gibt es auch eine Verantwortung, alles zu tun, um diesen Krieg zu beenden“.^[7] Bei jedem Schritt müsse man sich fragen, was die Ziele sind und ob man diese erreichen könne, so Marx: „Bei der Münchner Sicherheitskonferenz hörte man: Wir stehen an Eurer Seite, ‚whatever it takes‘. Was soll das bedeuten? Dass immer noch mehr Waffen oder irgendwann auch Soldaten geschickt werden? Alle sagen, wir wollen keine Kriegspartei sein, es heißt, am Ende will man keinen sogenannten dritten Weltkrieg. Dann muss man Szenarien entwickeln, (und sagen) was denn das Ende sein könnte.“

Die Rhetorik von Sieg und Niederlage helfe nicht weiter, meint Marx, sondern heize die Eskalation an. Die politisch Verantwortlichen müssten dem Einhalt gebieten und vermeiden, dass wir „einen Krieg führen, der einen dritten Weltkrieg heraufbeschwört. Wenn man das nicht will, muss man jetzt Szenarien entwickeln, um das zu beenden.“ Gerade weil man Waffen liefere, stehe man in der Pflicht, dies fortlaufend auf Verhältnismäßigkeit und Eskalationsrisiken hin zu prüfen, und nach Möglichkeiten einer Beendigung des Krieges zu suchen: „Wir benötigen eine Exit-Strategie. Man kann nicht dabei stehen bleiben,

ständig weiter zu rüsten, ständig Waffen zu liefern und zu glauben, irgendwann käme dann der Frieden. Der Frieden kommt nicht durch Waffen. Er kommt am Ende durch eine Absprache, wie wir einen Weg finden, die Waffen schweigen zu lassen und zu einer politischen Lösung zu kommen, zu einem gerechten Frieden. Das sehe ich so einfach jetzt nicht vor mir. Aber es muss doch alles dafür getan werden, auch hinter verschlossenen Türen, es ist eine Verpflichtung der Politik, jetzt schon zu sprechen. (...) Ich erwarte, dass die Politiker und alle, die irgendeinen Kontakt haben, zwischen der Ukraine und Russland Gesprächsfäden herzustellen, das nutzen.“

Eine Reihe von Expert:innen aus der Diplomatie, aus dem Militär und wissenschaftlichen Einrichtungen machen sich mittlerweile verstärkt Gedanken darüber, wie man die Eskalationsspirale durchbrechen könnte. Einige bedenkenswerte Überlegungen werden in diesem Beitrag vorgestellt und bewertet.

Widersprüchliche Aussagen über Ziele der militärischen Unterstützung

Man kann davon ausgehen, dass sowohl unter den westlichen, die Ukraine unterstützenden Akteuren, als auch über die verfeindeten Linien hinweg auf verschiedenen Ebenen gesprochen wird. Aber worüber und mit welchem Ergebnis hinter verschlossenen Türen kommuniziert wird, ist für die Öffentlichkeit und auch für politische Analyst:Innen extrem schwer zu beurteilen. Insofern sind wir darauf angewiesen, uns anhand der veröffentlichten Statements ein Bild zu machen.

Im Verlauf des Jahres 2022 war der westliche politische Diskurs zunächst stark von dem Argument bestimmt, nur durch militärische Erfolge könne die Ukraine eine gute Position in Verhandlungen erreichen. Der amerikanische Präsident Joe Biden hatte das ausdrücklich als Ziel der amerikanischen Politik beschrieben.^[8] Gleichzeitig hatte er klargestellt, man werde keine Waffen liefern, die zum Angriff auf russisches Gebiet geeignet sind. Auch die Aussage von

Bundeskanzler Scholz, dass die Ukraine „diesen Krieg nicht verlieren darf“, war in diesem Sinne zu verstehen, und zugleich von einem klaren Nein zu einer Flugverbotszone begleitet, weil dies die Nato unweigerlich in einen Krieg mit Russland manövriert hätte. Angesichts erfolgreicher lokaler Gegenangriffe der ukrainischen Armee hörte man dann nicht nur aus der Ukraine, sondern auch hierzulande immer häufiger die Forderung, man müsse das Land in die Lage versetzen, den „Krieg zu gewinnen“ und Russland zu „besiegen“.

Selten wurde erklärt, was damit genau gemeint ist: die Rückeroberung der von Russland nach dem 24. Februar 2022 besetzten und annektierten Gebiete? Die Vertreibung des russischen Militärs von ukrainischem Territorium, also auch von der Krim? Oder gar die Befähigung der ukrainischen Streitkräfte zu Angriffen auf russisches Staatsgebiet? Die problematischen Dimensionen einer Rhetorik von „Sieg“ und „Niederlage“ hat der Philosoph Jürgen Habermas treffend analysiert.[9]

Zwar hat die Ukraine für eine Rückeroberung der besetzten Gebiete das Völkerrecht auf ihrer Seite. Jedoch ist dies aufgrund der Überlegenheit der russischen Streitkräfte unweigerlich mit großen menschlichen und materiellen Verlusten verbunden. Zudem bergen alle Szenarien massive Eskalationsgefahren, wie der deutsche Brigadegeneral a.D. Helmut Ganser[10] immer wieder dargelegt hat. Er fordert daher von der deutschen und westlichen Politik ein „verantwortungsbewusstes Navigieren in einer Dilemmasituation“ (2022c), da sich die russische und die ukrainische Regierung nach anfänglichen Gesprächen im Frühjahr 2022 an Verhandlungen nicht mehr interessiert zeigten.

Im März 2022 hatte Präsident Selenskyj potenzielle Verhandlungsgegenstände benannt, war dann aber unter dem Eindruck massiver Menschenrechtsverletzungen (Butscha, Irpin) und militärischer Teilerfolge davon abgerückt ist und seither auf das Ziel fokussiert, mit einer militärischen Offensive möglichst das gesamte Territorium von der Besatzung zu befreien. Zwar gibt es die Zusage, die von den westlichen Verbündeten gelieferten Waffen nicht für Angriffe auf russisches Gebiet zu nutzen, allerdings sind ukrainische Drohnenangriffe auf Ziele in Russland inzwischen an der Tagesordnung.

Auch die Angriffe, die von Milizen dubioser (oft rechtsextremer) Herkunft aus der Ukraine auf russischem Gebiet gegen russische Streitkräfte verübt werden, sind schwer einzuschätzen.^[11] Vor diesem Hintergrund gilt es, die Gefahr einer Ausweitung und Eskalation des Krieges unbedingt ernst zu nehmen: „Dieses Risiko ist real, denn im oft zitierten ‚Nebel des Krieges‘ (Clausewitz) können Kämpfe auch ungeplant außer Kontrolle geraten und eskalieren, etwa durch Raketen, die durch Systemfehler auf Nato-Gebiet einschlagen“.^[12]

Ein langer Abnutzungskrieg ist wahrscheinlich

Trotz beharrlicher Verteidigungsanstrengungen und zahlreicher Teilerfolge wird die Möglichkeit, dass die Ukraine die russische Führung militärisch zur Aufgabe und zum Abzug aller Kräfte von ihrem Territorium zwingen könnte, als nicht sehr realistisch eingeschätzt. Ranghohe amerikanische Militärs, unter anderem Generalstabschef Mark Milley, sprechen seit Ende 2022 von einer militärischen Pattsituation, in der weder Russland noch die Ukraine den Krieg militärisch entscheiden können, und die unweigerlich einen langjährigen, verlustreichen Stellungskrieg nach sich ziehen wird. Auch in Deutschland wird diese Einschätzung von namhaften Militärexperten geteilt Helmut Ganser.^[13] Sie verweisen auf weitaus größere Nachschubreserven an Soldaten auf russischer Seite.

Sanktionen in den Bereichen Finanzen, Wirtschaft und Technologie sind weiterhin erforderlich, um Druck auf Russland auszuüben. Aber sie konnten das Putin-Regime kurzfristig noch nicht zum Einlenken bewegen. Zwar gibt es offenbar Einbußen in der Wirtschaftskraft, wie der US-Reporter Evan Gershkovich^[14] nachwies (der Autor wurde inzwischen in Russland inhaftiert), und einige Sanktionsexperten gehen davon aus, dass so dem Regime sukzessive Ressourcen entzogen und damit langfristig die Kriegführung erschwert wird (zum Beispiel Janis Kluge, Stiftung Wissenschaft und Politik).^[15] Jedoch können Sanktionen offenbar kurzfristig diese nicht verhindern. Auch die Sanktions-Experten sagen daher einen langjährigen Krieg voraus. Vor diesem Hintergrund mehren sich Stimmen, die vorschlagen, eine

Waffenruhe zu erwirken, um so den Weg für ein längerfristiges Waffenstillstandsabkommen und/oder politische Verhandlungen zu ebnen. Der Journalist und UN-Experte Andreas Zumach spricht von einer „Strategielosigkeit auf beiden Seiten“ in einer Pattsituation, in der der russische Präsident die Eskalationsdominanz und größere Durchhaltekraft mitbringe.^[16] Auch Putin verfüge über keine gesichtswahrende Exit-Strategie. Zumachs Befürchtung lautet: Ein „Weiter so“ mit jahrelangen Waffenlieferungen werde möglicherweise dazu führen, dass sich der Krieg sehr lange hinziehe, „mit noch mehr Toten, und dass am Ende viele ukrainische Städte so aussehen, wie Grosny nach dem zweiten Tschetschenienkrieg.“

Die Verantwortung für den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg sei klar bei der russischen Führung zu verorten. Gleichwohl seien westliche Regierungen gut beraten, wenn sie der ukrainischen Regierung signalisierten, sich Gesprächen nicht zu verweigern, so Zumach: „Es geht nicht darum, der Ukraine zu sagen, worüber sie zu verhandeln hat und wo sie Konzessionen machen soll. Aber auf der anderen Seite wissen wir doch, was die Verhandlungsgegenstände sind. Sie lagen am 29. März 2022 auf dem Tisch und wurden von Selenskyj und der ukrainischen Regierungsdelegation vorgelegt. Das sind die Kernfragen: die Nato-Mitgliedschaft, die Frage des künftigen Status des Donbass, die Krim, und verlässliche Sicherheitsgarantien.“ Um hier weiterzukommen, meint Zumach, brauche es auch Signale aus Washington.^[17] Mit der Einschätzung, dass der amerikanischen Regierung eine herausragende Rolle für eine mögliche Beendigung des Krieges zukommt, steht Zumach nicht allein. In US-amerikanischen Thinktanks sind ebenfalls eine Reihe von Analyst:innen davon überzeugt, dass es neben einer Verhandlungsbereitschaft seitens der Ukraine und Russlands auch Signale der amerikanischen Regierung braucht. Verschiedene Autor:innen weisen auf die besondere Verantwortung der USA hin.^[18] Sie ergibt sich unter anderem daraus, dass die Vereinigten Staaten einen Großteil (ca. 70 Prozent) der militärischen Unterstützung stellen. Sie umfasst nicht nur Waffen und Ausrüstung, sondern auch die Mitwirkung bei der strategischen Planung, bei der militärischen Aufklärung und Zielerkennung. Wie stark das Pentagon in all diesen Bereichen mitwirkt, belegen unter anderem auch die Dokumente, die im April 2023 geleakt wurden.^[19]

Vorschläge aus amerikanischen Thinktanks: Das Kriegsende vorbereiten

Schon im Frühjahr 2022 lieferten einige amerikanische Politikwissenschaftler:innen recht differenzierte Analysen. Thomas Graham (Council on Foreign Relations, New York) und Rajan Menon (City University of New York) äußerten in Foreign Affairs die Einschätzung, dass sich der Krieg gegen die Ukraine sehr lang hinziehen und sich die Zahl der Toten und Zerstörungen erhöhen würde. Damit steige das Risiko einer Ausweitung des Kriegs und auch die Gefahr, dass die USA und die Nato-Alliierten in eine bewaffnete Konfrontation mit Russland hineingezogen werden könnten. Graham und Menon forderten eine Verstärkung des diplomatischen Engagements, das sich kurzfristig auf humanitäre Versorgung und längerfristig auch auf eine politische Übereinkunft richten müsse.

Es sei das Recht der Ukraine, die Bedingungen dafür zu definieren, stellten Graham und Menon klar.^[20] Aber Verhandlungen könnten sich nicht allein auf die Ukraine und Russland beschränken, denn ein Ausweg aus der gegenwärtigen Krise müsse neben der geopolitischen Orientierung der Ukraine auch Moskaus Bedenken bezüglich der europäischen Sicherheitsarchitektur adressieren. Dafür werde die russische Regierung vor allem mit den Vereinigten Staaten verhandeln wollen, dem einzigen Land, das – neben Russland – über das militärische Potenzial verfüge, die Machtbalance auf dem Kontinent zu beeinflussen. Die USA müssten folglich auch als Garant für ein Friedensabkommen fungieren.

Die mögliche Nato-Mitgliedschaft der Ukraine stehe im Zentrum einer solchen Debatte – Putin werde seinen Widerstand gegen den Beitritt nicht aufgeben. Graham und Menon empfehlen auszuloten, ob der Kreml die militärische Kooperation einer neutralen Ukraine mit westlichen Ländern akzeptieren würde, die eine Selbstverteidigung ermögliche, aber gleichzeitig die Dislozierung von Nato-Kampftruppen, -Waffen oder -Stützpunkten in der Ukraine ausschließe. Im Gegenzug müsse Russland auf die Stationierung militärischer Arsenale im

Grenzgebiet verzichten. Zu ernsthaften Verhandlungen und Konzessionen wären die Kriegsbeteiligten vermutlich erst dann bereit, wenn sie zu dem Schluss kommen, dass eine Fortsetzung der Kampfhandlungen mit höheren Kosten verbunden wäre als die Zugeständnisse, die ihnen eine diplomatische Regelung abverlangen würde. Auf eine solche Situation müsse man sich – anknüpfend an die Vorschläge der ukrainischen Regierung vom März 2022 – vorbereiten.

In ähnliche Richtung argumentieren aktuelle Beiträge, etwa von Tapio Kanninen (Vorsitzender von Global Crisis Network, New York) und Heikki Patomäki (Professor für Weltpolitik und internationale Volkswirtschaft an der Universität Helsinki). Sie empfehlen, praktikable Bedingungen für ein Abkommen auszuarbeiten, das beiden Ländern mehr Vor- als Nachteile verspricht. Die Ukraine, so Kanninen und Patomäki, könne „nur mithilfe des Westens und insbesondere der USA vom Sinn von Verhandlungen überzeugt werden“, und sie benötige dafür konkrete Garantien. Ein Abkommen müsse sicherstellen, dass die russische Invasion nicht belohnt wird und ein möglicher Vertrag nicht zur Destabilisierung des internationalen Systems führt. Mit Blick auf Russland müsse man jedoch auch „anerkennen, dass seine Sicherheitsinteressen (...) legitim und mehrere seiner früheren und aktuellen Forderungen nicht aus der Luft gegriffen sind.“^[21]

Im Dezember 2021 hatte Moskau den USA und der Nato dazu Vertragsentwürfe vorgelegt, die abgelehnt wurden.^[22] „Einige Vertragspunkte hätten womöglich ausgehandelt und vereinbart werden können, andere Forderungen waren hingegen schwer annehmbar oder komplett inakzeptabel“ (ebd.). Die Autoren erinnern auch daran, dass zu Beginn der russischen Invasion einige ehemalige Diplomaten und Wissenschaftler^[23] (Lord Owen u.a.) empfahlen, die Nato möge gemeinsam mit der Ukraine Vorschläge für die Verhandlung eines neuen Vertrags mit Russland erarbeiten, der „keine institutionelle Feindschaft erzeugt.“

Ein solcher Vertrag müsse Vereinbarungen zum Abzug atomwaffenfähiger Raketen, vertrauensbildende Maßnahmen zur Begrenzung der Truppenstärke und internationale Vereinbarungen über die umstrittenen russisch-ukrainischen Grenzen umfassen. Außerdem, so schlagen Kanninen und Patomäki vor, müsse

man ernsthaft über die Möglichkeit von entmilitarisierten Zonen unter der Obhut der Vereinten Nationen für längere Zeiträume nachdenken.

Verhandlungen sollten möglichst von Staaten, die aus der Sicht der Ukraine und Russlands nicht direkt am Konflikt beteiligt sind, angebahnt werden. Ziel könnte ein vom UN-Sicherheitsrat verkündeter Waffenstillstand sein, mit dem gleichzeitig eine UN-Friedenstruppe mandatiert wird. Auf dieser Grundlage könnten dann vertrauensbildende Maßnahmen etabliert werden, um Fragen wie jene über den Status der Ukraine und offizielle Abrüstungsverhandlungen zu initiieren.

In den US-amerikanischen Denkfabriken gibt es weitere bedenkenswerte Studien und Analysen. Wissenschaftler:innen am Institute for the Study of War analysieren das Kriegsgeschehen fortlaufend anhand ukrainischer, russischer und internationaler Quellen.^[24] In der Zeitschrift Foreign Affairs^[25], im Onlinemagazin Responsible Statecraft^[26] des Quincy Institutes sowie in Studien der RAND Corporation wurden diverse Vorschläge für die Deeskalation und Beendigung des Kriegs veröffentlicht. Anders als viele Beratungsagenturen in den europäischen Hauptstädten, legen sie auch einen starken Fokus auf die Eskalationsgefahren.

„Avoiding a long war“ – Eine Studie der RAND Corporation

Besonders aufschlussreich erweist sich die RAND-Studie von Samuel Charap und Miranda Priebe.^[27] Sie gehen sehr detailliert der Frage nach den möglichen Auswirkungen eines langanhaltenden Krieges nach und begründen, warum ein solcher auf keinen Fall wünschenswert wäre – weder für die Ukraine, noch für die USA und ihre Verbündeten und die übrige Welt. Sie sehen vor allem das Risiko, dass irgendwann ein Nato-Mitgliedsland in Mitleidenschaft gezogen wird. Dabei denken sie weniger an absichtliche Angriffe als an Irrläufer. Als Beispiel nennen sie die ukrainische Luftabwehrrakete, die im November 2022 auf polnischem Gebiet einschlug. Es könne ein „spill over“ auf Bündnisgebiet erfolgen, auch mit umgekehrten Vorzeichen, denn auch russische Raketen könnten vom Kurs abkommen und einen Aktions-Reaktionsmechanismus

auslösen, der in einen viel größeren Krieg münden kann.

Eine weitere Gefahr sehen die Autor:innen im möglichen Einsatz taktischer Atomwaffen von russischer Seite. Diese Gefahr dürfe man nicht herunterspielen, sondern man müsse sie sehr ernst nehmen, denn unter russischen Kommandeuren sei diese Möglichkeit angesichts von Verlusten im Herbst 2022 durchaus diskutiert worden. Die Einschätzung, dass Russland vom Einsatz von Atomwaffen aus eigenem Interesse absehen würde, verkenne, dass dieser Krieg für das Regime inzwischen nahezu existenzielle Bedeutung habe, und dass es bereit sei, einen hohen Preis zu zahlen, erst recht, falls es bei den konventionellen Kapazitäten (trotz der Überlegenheit an Personal) Engpässe geben sollte. Der Einsatz taktischer Atomwaffen wiederum könnte einen umfassenden Nuklearkrieg zwischen Russland und der Nato nach sich ziehen.

Weiterhin hinterfragen Charap und Priebe^[28] die Annahme, dass ein möglichst großer territorialer Rückgewinn durch die ukrainischen Streitkräfte vorteilhaft und wünschenswert wäre. Sie plädieren dafür, die Frontlinie, die ukrainische Truppen im Dezember 2022 erreicht haben, als „ausreichend vorteilhafte Grundlage“ für einen Verhandlungsprozess zu bewerten. Diese Linie stelle sicher, dass keine für das Land vitalen Regionen verloren seien. Angesichts der militärischen Pattsituation sei offen, ob weitere Gebietsgewinne möglich sind – die Fortsetzung des Kriegs könne auch weitere Gebietsverluste nach sich ziehen.

Die Autor:innen kommen zu dem Schluss, Moskau werde versuchen, inzwischen besetzte Gebieten zu behalten, einen militärischen Sieg über die Ukraine jedoch nicht mehr erzielen können. Ein militärischer Sieg der Ukraine, der mit einer Rückeroberung aller besetzten Regionen ende, sei ebenfalls sehr unwahrscheinlich. Selbst wenn es den ukrainischen Streitkräften gelänge, alle Gebiete einschließlich der Krim zurückzugewinnen, habe Putin die Eskalationsdominanz mit Luftwaffe und Marine, die in diesem Krieg noch kaum Verluste erlitten. Man solle sich vor Augen führen, so Charap und Priebe, dass ein länger andauernder Krieg weitere menschliche Verluste, Leid für die ukrainische Bevölkerung und einen ökonomischen Niedergang mit sich bringen würde. Auch die Kosten für Europa und den globalen Süden durch Inflation und Lebensmittelengpässe seien in Rechnung zu stellen. Daher solle die

amerikanische Regierung darauf hinwirken, dass ein langandauernder Krieg vermieden wird. Es brauche Verhandlungen, um einen Waffenstillstand zu erwirken. Die Aussichten dafür stünden kurzfristig schlecht, dennoch müsse man sich bemühen, dorthin zu gelangen.

Zugleich unterscheiden die Autor:innen klar zwischen Waffenstillstandsabkommen (armistice agreements) und politischen Abkommen (political settlements). Ähnlich wie im Koreaabkommen (1953) oder im Abkommen zwischen Moldau und Transnistrien (1992) könne man die Gewalt durch demilitarisierte Zonen stoppen, mit dem Ergebnis weitgehend geschlossener und militarisierter Grenzen, ohne dass die Konfliktursachen und gegenläufigen politischen Interessen verhandelt würden. Damit würde man den Krieg längerfristig einfrieren. Strebe man stattdessen ein politisches Abkommen an, wären Kompromisse in den strittigen territorialen und geostrategischen Fragen auszuhandeln. Die bilateralen Verhandlungen, die im März 2022 im Istanbul-Communiqué mündeten, hätten die relevanten Themen benannt. Die Erwartungen Russlands erstrecken sich auf die Neutralität der Ukraine, und das Hauptinteresse der Ukraine liege auf westlichen Sicherheitsgarantien.

Charap und Priebe weisen zudem darauf hin, dass sich politische Abkommen in der Regel als dauerhafter erwiesen, aber viel schwerer zu erreichen seien. Ein politisches Abkommen würde regionale Stabilität ermöglichen und eine Behandlung von Fragen, die die Sicherheitsarchitektur im Eurasischen Raum betreffen. Aber man könne auch zunächst über Wiederaufbau, Aspekte des Handels, Personen- und Güterverkehr verhandeln, während die komplexen territorialen Fragen in einem späteren Schritt behandelt werden: „A political settlement does not have to definitely resolve all the differences between the parties; it does need to address enough of these differences to qualitatively improve the broader relationship between the belligerents“.[29] Viele Abkommen bewegen sich irgendwo zwischen Waffenstillstands- und Friedensvereinbarungen. Auch die Beendigung des Ukrainekriegs könnte sich in solch einer Zwischenform vollziehen.

Die USA selbst könnten den Krieg zwar nicht verkürzen, aber durchaus Schritte ergreifen, um seine Beendigung zu unterstützen: „Avoiding a long war requires efforts to spur talks. And the United States could take steps to address key

impediments to starting them“.[30]

Hindernisse sehen Charap und Priebe allerdings in der Annahme sowohl auf russischer als auch auf ukrainischer Seite, dass sich die Dynamik des Krieges zu den jeweils eigenen Gunsten entwickle, und dass man über das längere Durchhaltevermögen verfüge. Zudem gebe es auf beiden Seiten großes Misstrauen, ob die andere Seite ein Abkommen auch einhalten würde. Um dem zu begegnen, könnten die USA gemeinsam mit anderen Staaten auf demilitarisierte Zonen hinwirken. Gleichzeitig müssten sie verbindliche Festlegungen über die zukünftigen Sicherheitsgarantien und militärische Unterstützung jenseits einer Nato-Mitgliedschaft ausbuchstabieren.

Als Vorbild für Sicherheitsgarantien nennen Charap und Priebe die umfassenden Zusagen, die die USA gegenüber Israel verbrieft haben, um dessen Zustimmung zum Frieden mit Ägypten zu erhalten. (Anm. der Autorin: Eine solche Variante wurde vom amerikanischen Präsidenten Joe Biden beim jüngsten Nato-Treffen in Vilnius bereits in Erwägung gezogen). Solche Garantien wären unterhalb von Beistandsverpflichtungen angesiedelt, könnten aber sehr weitreichende Formen annehmen, und man könne sie mit langfristiger militärischer und ökonomischer Unterstützung verknüpfen. Allerdings wären Sicherheitsgarantien für die Ukraine wiederum für den Kreml akzeptabler, wenn sie nicht nur von den USA, sondern auch von weiteren, nicht in die westliche Allianz eingebundenen Staaten getragen würden. Auch die G7-Staaten hätten bei ihrem Treffen im Juli 2022 bereits in Aussicht gestellt, dass sie zur Unterstützung im Falle eines erneuten Angriffs nach einem Waffenstillstand bereit wären.

Noch würden Russland und die Ukraine eine Fortsetzung des Kampfes positiver einschätzen als einen Friedensschluss. Die US-Regierung solle versuchen, die Dynamik zu beeinflussen, indem sie ihre Bereitschaft zur zukünftigen militärischen Unterstützung erklärt und Sicherheitsgarantien im Falle einer Neutralität des Landes und Bedingungen für die Lockerung von Sanktionen formuliert (Charap and Priebe).[31] Hilfen müssten so ausbalanciert werden, dass die Ukraine ausreichend Sicherheit gewinnt und dass gegenüber Russland keine Schwäche signalisiert wird; man dürfe sie aber nicht so gestalten, dass sie die Ukraine motivieren, den Krieg auf unbestimmte Zeit fortzusetzen. Auf

russischer Seite gebe es die Annahme, dass westliche Sanktionen ein Ende des Krieges überdauern werden. Daher brauche es einen Prozess, in dem eine Lockerung von Sanktionen im Gegenzug für das Mitwirken an einem Abkommen moderiert wird.

Ein Krieg, der nicht gewonnen werden kann

Die Thesen aus der genannten Studie hat Samuel Charap in einem Beitrag für Foreign Affairs nochmals zugespitzt.^[32] Er betont: „The Ukrainians are the ones dying for their country, so they ultimately get to decide when to stop – regardless from what Washington might want, but it is time now that the United States develop a vision for how the war ends. Fifteen months of fighting has made clear that neither side has the capacity – even with external help – to achieve a decisive military victory over the other.”

Das Argument, dass die ukrainische Regierung soeben eine Frühjahrsoffensive gestartet habe, lässt Charap nicht gelten. Denn selbst wenn sie erfolgreich wäre und die Frontlinie nochmals verschieben könnte, würde sie den Krieg nicht beenden. Weitere Mobilisierungsrunden könnten folgen, Bombardements ukrainischer Städte – oder auch eine Stillhaltetaktik, um zu einem späteren Zeitpunkt wieder anzugreifen. Oft würden Staaten weiterkämpfen, auch wenn sie ihre Ziele nicht mehr erreichen können. Unter Verweis auf Studien des Center for Strategic and International Studies und der Universität Uppsala belegt Charap, dass etwa 50 Prozent aller zwischenstaatlichen Kriege maximal ein Jahr dauern. Kriege, die nicht in diesem Zeitraum beendet wurden, erstreckten sich im Schnitt über mehr als eine Dekade – wie beispielsweise der Iran-Irak-Krieg, der fast eine halbe Million tote Soldaten und ebenso viele Verwundete mit sich brachte. Es gelte, die Ukraine vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren.

Unabhängig davon, wie viel Territorium die ukrainischen Streitkräfte wiedergewinnen, werde Russland die Fähigkeit behalten, die Ukraine fortlaufend zu bedrohen. Gleichzeitig werde die Ukraine weiterhin die Fähigkeit

besitzen, russisch besetzte Gebiete anzugreifen und auch militärische und zivile Ziele in Russland ins Visier zu nehmen. Ein langwieriger und zerstörerischer Konflikt wäre die Folge. Auf dieses Szenario müssten sich die USA einstellen: „An effective strategy (...) requires the United States and its allies to shift their focus and start facilitating the endgame.“

Auch wenn kurzfristig kein politisches Friedensabkommen vorstellbar sei, sei zumindest eine bilaterale Waffenstillstandsvereinbarung wünschenswert. Der Waffenstillstand zwischen Nord- und Südkorea habe seit 1953 gehalten, obwohl beide Länder das Territorium der gesamten Halbinsel weiterhin für sich beanspruchen. Man könne der Ukraine keine Bedingungen diktieren. Dennoch sollten Diskussionen über eine Kriegsbeendigung zwischen den USA, den Verbündeten und der Ukraine rasch und parallel zur militärischen Unterstützung beginnen, um eine gemeinsame Vision zu entwickeln. Es brauche Monate, um zwischen der Ukraine, der US-Regierung und den Verbündeten eine gemeinsame diplomatische Strategie zu entwickeln. Je eher man die Diskussion beginne, desto besser.

Anders als die beiden „Minsker-Abkommen“, [\[33\]](#) die 2014/2015 durch Frankreich und Deutschland vermittelt wurden, um die Kämpfe in der Ostukraine zu befrieden, müsse man ein zukünftiges Abkommen zwischen Russland und der Ukraine mit effektiven Mechanismen ausstatten, welche die Einhaltung des Vereinbarten durch beiden Seiten garantieren. Diese zu entwickeln sei die Herausforderung der Stunde – einschließlich der erforderlichen Sicherheitsgarantien, die jenseits der Nato international breit und gut verankert werden müssten. Denn – davon ist Charap überzeugt –, mit dem Insistieren auf einer Nato-Mitgliedschaft der Ukraine werde man Moskau nicht für einen Waffenstillstand gewinnen. Um all das vorzubereiten, brauche es spezielle Strukturen: Sondergesandte und diplomatische Akteure innerhalb der US-Administration, die sich der Ausarbeitung von Konzepten und intensiven Gesprächen zwischen den USA, den Verbündeten, der Ukraine und Russland widmen, die im absolut geschützten Raum und jenseits der öffentlichen Beobachtung gestaltet werden.

Diplomatische Foren und

juristisch fundierte Konzepte sind notwendig

Auch hierzulande gibt es Empfehlungen, sich frühzeitig und fachlich fundiert auf Verhandlungen vorzubereiten. Im März 2023 erregte Wolfgang Ischinger, Staatssekretär und Botschafter a.D. sowie langjähriger Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Aufmerksamkeit mit seiner Forderung, Deutschland müsse sich angesichts des russischen Angriffskriegs auf eine „Kriegswirtschaft“ einstellen. Dieses Anliegen wurde kontrovers diskutiert und von vielen als unpassend kritisiert. Weniger bekannt wurden seine Vorschläge zur Ausarbeitung fachlicher Konzepte, um einer Beendigung des Krieges näher zu kommen. Am 12. März 2023 veröffentlichte Ischinger konkrete Vorschläge für die Vorbereitung eines diplomatischen Prozesses.^[34] Er distanzierte sich von Aufrufen zur sofortigen Einstellung der Waffenlieferungen und zugleich auch von denen, die argumentieren, die Voraussetzungen für Verhandlungen seien bis auf Weiteres nicht gegeben: „Also nur Krieg und Waffenlieferungen – wo soll das enden?“ Zwar könne man der Ukraine nicht Verhandlungsbereitschaft „jetzt und heute“ abverlangen. Es bleibe deren Entscheidung, wann und worüber sie verhandeln wolle. Gleichwohl dürfe man „nicht in politisch-strategischer Schockstarre“ verharren. Es sei an der Zeit, „einen Prozess zur Erarbeitung einer Friedenslösung für die Ukraine“ zu initiieren. Ischinger schlug vor, eine politisch-strategische Kontaktgruppe solle neben die militärische Ramstein-Kontaktgruppe treten und alle denkbaren Elemente künftiger Verhandlungskonzepte ausloten, Optionen für Verhandlungsstrategien entwickeln, Textentwürfe erarbeiten und mit der Ukraine abgleichen. Sollte es tatsächlich zu Verhandlungen kommen, könnte sie Teil einer Vermittlungsgruppe werden. Für den Friedensschluss in Bosnien-Herzegowina 1995 und zum Ende des Kriegs im Kosovo 1999 hätten größere Diplomaten-Teams über mehrere Wochen hinweg Textentwürfe für alle Eventualitäten vorbereitet – Gesetzestexte, detaillierte Vorschläge für Rüstungskontrollvereinbarungen und Überwachungsmodalitäten bis hin zur Einrichtung einer internationalen Schutztruppe. All das sei von Juristen durchgeprüft worden. Nur aufgrund solcher juristisch fundierter Vorarbeiten könne man Abkommen, die aus sehr umfangreichen Vertragswerken bestehen, dann bei Bedarf in einem überschaubaren Zeitrahmen erfolgreich verhandeln.

Die USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland, die sich ohnehin fortlaufend zur Situation abstimmen, sollten als „Vierergruppe“ den engsten Kern bilden, meint Ischinger. Drumherum könne sich „ein größerer Kreis von europäischen und transatlantischen Partnern gruppieren, darunter Kanada, Spanien, Polen, Italien, die Baltischen Staaten sowie die UN, EU, OSZE und Nato“.

Diese Gruppe solle auf Außenministerebene zusammentreten, einzelne Gespräche könnten an hohe Beamte oder Botschafter delegiert werden. Staaten des Globalen Südens – zum Beispiel Brasilien, Indien und China – sollten in einem weiteren Kreis mitwirken. Angesichts der russischen Veto-Blockade im UN-Sicherheitsrat könne so „eine gewisse Ersatz-Legitimität durch eine möglichst breite internationale Beteiligung“ hergestellt werden.

Die Gruppe solle die Modalitäten eines möglichen Waffenstillstands abstimmen und klären, welche Textentwürfe erforderlich sind, wie ein Friedensprozess überwacht werden kann, zum Beispiel durch die Vereinten Nationen oder die OSZE, und ob eine militärische Pufferzone nötig ist. Gleichzeitig müssten schon jetzt Bestandteile einer möglichen längerfristigen Friedenslösung skizziert werden: „Falls es der Ukraine nicht gelingen sollte, die Krim militärisch zu befreien, welche verschiedenen Szenarien böten sich für die Behandlung des Gebiets? (...) Hätten mehrere Staaten die Kontrolle über das Gebiet? Sollten die Bewohner der Krim in einem Referendum über ihre Zugehörigkeit entscheiden? Sollte man die Frage der Krim erst einmal ausklammern? Ähnliche Fragen könnten sich je nach Entwicklung der militärischen Lage für die Gebiete im Donbass oder Teile davon stellen.“

Auch über Sicherheitsgarantien müsse man sich verständigen: „Bleibt die Nato-Mitgliedschaft der Ukraine auf der Tagesordnung? Oder wird der ukrainische Verzicht, den der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj im Frühjahr 2022 andeutete, doch wieder zum Verhandlungsgegenstand? Wie könnten für einen solchen Fall alternative Sicherheitsgarantien der USA und anderer Nato-Partner möglichst glaubwürdig ausgestaltet werden?“ Außerdem müsse über Wiederaufbau, Reparationen, internationale Gerichtsbarkeit und Strafverfolgung von Kriegsverbrechen gesprochen werden, und es seien Überlegungen zur Neugestaltung einer verlässlicheren und dauerhaften

europäischen Sicherheitsordnung notwendig. Dafür müsse ausgelotet werden, ob und wie nukleare und konventionelle Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen wiederbelebt werden könnten – und auch vertrauensbildende Maßnahmen, beispielsweise das Wiener Dokument über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (2011),^[35] oder der Vertrag über den Offenen Himmel (Open Skies-Abkommen)^[36]. Und es sei zu klären, welche Rolle der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zukäme, und ob eine Neuauflage der Charta von Paris für ein neues Europa (1990)^[37] vorstellbar wäre. Zudem stelle sich auch die Frage nach der Bedeutung des Konzepts der „Neutralität“ in Europa. Aus solchen Überlegungen – so Ischingers Hoffnung – könnte sich ein neuer Helsinki-Prozess ergeben, der vor fast 50 Jahren in die Unterzeichnung der Grundakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa mündete.^[38] Man mag insbesondere das Modell der konzentrischen Kreise in der Verantwortung für den Prozess kritisch betrachten, das letztlich doch von einem recht eurozentrischen Blickwinkel getragen ist. Es stellt sich die Frage, ob die Bedeutung Deutschlands und der Einfluss europäischer Akteure in diesem Szenario nicht völlig überschätzt wird. Aber der Vorschlag verdeutlicht, ebenso wie Empfehlungen aus den amerikanischen Thinktanks, dass man extrem gut vorbereitet sein muss, wenn man erfolgreich auf die Deeskalation und Beendigung eines Krieges hinwirken möchte. Ohne eine fundierte inhaltliche wie diplomatische Vorbereitung läuft man Gefahr, dass man das „window of opportunity“, wenn es sich denn öffnet, nicht nutzen kann.

Hier geht es zum zweiten Teil des Beitrages von Martina Fischer >>[Wie ist dieser Krieg zu deeskalieren und zu beenden? Teil 2](https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/523379/wie-ist-dieser-krieg-zu-deeskalieren-und-zu-beenden-teil-2/) [Link: <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/523379/wie-ist-dieser-krieg-zu-deeskalieren-und-zu-beenden-teil-2/>]

Weiterer Beitrag von Martina Fischer im Deutschland Archiv: [Die Hoffnung auf eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsarchitektur nicht aufgeben](https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/507623/die-hoffnung-auf-eine-gesamteuropaeische-friedens-und-sicherheitsarchitektur-nicht-aufgeben/), vom 26.4.2022 >> [Link: <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/507623/die-hoffnung-auf-eine-gesamteuropaeische-friedens-und-sicherheitsarchitektur-nicht-aufgeben/>]

Zitierweise: Martina Fischer, „Wie ist dieser Krieg zu deeskalieren und zu

beenden? Teil 1“, in: Deutschland Archiv, 27.07.2023, Link: www.bpb.de/523377

Quellen / Literatur



Teil 1 und 2

Joseph R. Biden, (2022), What America Will and Will Not Do in Ukraine, The New York Times 31.5.2022; <https://www.nytimes.com/2022/05/31/opinion/biden-ukraine-strategy.html>.

Günther Baechler, Eine friedliche Lösung ist nicht in Sicht, in Neue Zürcher Zeitung, 7.3.2023, S. 18, gekürzte online-Version: www.nzz.ch/meinung/verhandlungen-im-ukraine-krieg-sind-nur-im-europaeisch-globalen-rahmen-moeglich-ld.1728054.

Beirat der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung, Stellungnahme zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, Mai 2022, <https://beirat-zivile-krisenpraevention.org/publikation/stellungnahme-ukraine/>.

Bundesregierung, Nationale Sicherheitsstrategie, Wehrhaft, integrativ, resilient; Berlin, Juni 2023, <https://www.nationalesicherheitsstrategie.de/>.

Hanne M. Birckenbach, Auch im und trotz Krieg friedenslogisch denken und handeln: Fünf zivilgesellschaftliche Arbeitsfelder; Rede anlässlich der Verleihung des Göttinger Friedenspreises am 11.3.2023, www.goettinger-friedenspreis.de/wp-content/uploads/2023/03/Birckenbach_Redetext_Final.pdf. Hanne Birckenbach, Friedenslogik verstehen, Frankfurt a. M 2023.

Samuel Charap, An Unwinnable War. Washington Needs an Endgame in Ukraine, in Foreign Affairs Online, 5.6.2023, www.foreignaffairs.com/ukraine/unwinnable-war-washington-endgame.

Samuel Charap/Miranda Priebe, Avoiding a long War, U.S. Policy and the Trajectory of the Russia-Ukraine Conflict, RAND Corporation, Santa Monica 2023, www.rand.org/content/dam/rand/pubs/perspectives/PEA2500/PEA2510-1/RAND_PEA2510-1.pdf.

Tobias Debiel/Herbert Wulf, Eskalation und Deeskalation im Ukraine-Krieg, INEF-Blog, 14.3.2022, www.uni-due.de/inef/blog/eskalation-und-deeskalation-im-ukraine-krieg.php.

Tobias Debiel/Herbert Wulf, Mit Russland reden, in: Der Freitag, Nr. 35, 09.2022, S. 18.

Karim P Fathi, Der Russland-Ukraine-Krieg. Impulse für einen umfassenden und nachhaltigen Friedensprozess, in Wissenschaft und Frieden 1/2023, S. 26-30, <https://wissenschaft-und-frieden.de/ausgabe/2023-1-jenseits-der-eskalation/>.

Ulrich Fastenrath, Wo bleiben die Vereinten Nationen? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.2.2023, www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/wo-bleiben-die-vereinten-nationen-18663816.html?service=printPreview.

Martina Fischer, Die Hoffnung auf eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsarchitektur nicht aufgeben, in Deutschland Archiv, 26.4.2022, www.bpb.de/507623.

Martina Fischer, UN-Mitgliedstaaten beschließen Atomwaffenverbot, Blogbeitrag, 07.07.2017, www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2017-un-mitgliedstaaten-beschliessen-atomwaffenverbot/.

„Frieden schaffen! Waffenstillstand und Gemeinsame Sicherheit jetzt.“ Eine Friedensinitiative aus der Mitte der Gesellschaft, initiiert von Peter Brandt, Reiner Braun, Reiner Hoffmann und Michael Müller, 1.4.2023, <https://neue-entspannungspolitik.berlin/waffenstillstand-und-gemeinsame-sicherheit-jetzt-friedensinitiative-aus-der-mitte-der-gesellschaft/>.

Forum Ziviler Friedensdienst, Über Frieden sprechen, aber wie? Impulse für die

deutsche Debatte zum Krieg gegen die Ukraine, Pressemitteilung vom 2.5.2023, www.forumzfd.de/de/ueber-frieden-sprechen-aber-wie.

Friedensgutachten 2022, hg. von BICC, HSFK, IFSH, INEF, Bielefeld 2022, www.friedensgutachten.de/user/pages/04.archiv/2022/02.ausgabe/Friedensgutachten%202022%20E-Book.pdf.

Friedensgutachten 2023, hg. von BICC, HSFK, IFSH, INEF, Bielefeld 2023, www.friedensgutachten.de/user/pages/02.2023/02.ausgabe/01.gesamt/FGA2023_Gesamt.pdf.

Cornelius Friesendorf, Midlife-Crisis. 50 Jahre nach der Gründung ist die OSZE in der Krise. Dabei ist sie unersetzlich, als wichtiger Gesprächskanal nach Russland, in IPG-Journal 03.07.2023, www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/midlife-crisis-6808/.

Helmut Ganser, Offenes Winterfenster. Ein militärischer Sieg ist weder für die Ukraine noch Russland erzielbar. Die Chance für eine Beendigung des Krieges muss jetzt genutzt werden, in: IPG-journal 22.12.2022, www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/offenes-winterfenster-6387/.

Helmut Ganser, Perspektiven im Ukraine-Krieg. Unfassbare Nonchalance, in: taz-online 7.10.2022, <https://taz.de/Perspektiven-im-Ukraine-Krieg/!5882645/>.

Helmut Ganser, Debatte um deutsche Waffenlieferungen. Zwischen Skylla und Charybdis, in: taz-online 23.7.2022, <https://taz.de/Debatte-um-deutsche-Waffenlieferungen/!5866877/>.

Helmut Ganser, Das Werwolf-Prinzip. Die Suche nach den Ursachen des Ukraine-Kriegs wird künftige Historiker zur inneren Dynamik Russlands führen. Aber auch zur Politik der NATO-Staaten, in: Taz-online, 9.4.2023, <https://taz.de/Ursachen-des-Kriegs-gegen-die-Ukraine/!5923286/>.

Evan Gershkovic, Artikel über den Niedergang der russischen Wirtschaft, Nachdruck aus dem Wall Street Journal, in: Die Zeit, 5.4.2023, S. 19,

www.zeit.de/2023/15/russland-wirtschaft-energie-export-inflation. Haass und Kupchan, The West needs a new Strategy in Ukraine, A Plan for Getting From the Battlefield to the Negotiating Table, in: Foreign Affairs, 13.4.2023, www.foreignaffairs.com/ukraine/russia-richard-haass-west-battlefield-negotiations.

Jürgen Habermas, Ein Plädoyer für Verhandlungen, in: Süddeutsche Zeitung online, 14.2.2023, www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/juergen-habermas-ukraine-sz-verhandlungen-e159105/?reduced=true.

Thomas Hoppe, Die Kirchen und der Krieg. Aporien und Verantwortung: Zur neu entfachten friedensethischen Diskussion in den Kirchen, in: Karenina 21.3.2023, www.karenina.de/russland/kirche/die-kirchen-und-der-krieg/.

Institute for the Study of the War, www.understandingwar.org/.

IPPNW (Hg.), Waffenstillstand und Friedens für die Ukraine, 4. Aufl., 02/2023, www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Waffenstillstand_und_Frieden_Ukrainekonflikt_Feb2023.pdf.

Wolfgang Ischinger, Raus aus der Schockstarre. Ein möglicher Weg zum Frieden in der Ukraine, in: Der Tagesspiegel, 12.3.2023, www.tagesspiegel.de/internationales/raus-aus-der-schockstarre-ein-moglicher-weg-zum-frieden-in-der-ukraine-9471989.html.

Institute for the Study of War, Daily Ukraine Conflict Review, www.understandingwar.org/backgrounder/ukraine-conflict-updates.

Tapio Kanninen/Heikki Patomäki, Friedenspläne, in: Le Monde Diplomatique, Dt. Ausgabe, 12.1.2023, <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5906061>.

Janis Kluge, Warum ein langjähriger Krieg wahrscheinlich ist, in: Sabine Fischer u.a., Was die Aussicht auf einen längeren Krieg für Russland, die Ukraine und Belarus bedeutet, Stiftung Wissenschaft und Politik, 20.2.2023, <https://www.swp-berlin.org/en/publication/was-die-aussicht-auf-einen-laengeren-krieg-fuer-russland-die-ukraine-und-belarus-bedeutet>.

Charles A. Kupchan, It's time to bring Russia and Ukraine to the negotiating table, in: New York Times, 2.11.2022.

Annette Kurschus, zitiert nach DLF; EKD-Chefin Kurschus über Ostern und Waffenlieferungen, in: deutschlandfunk.de, Link nachtragen. Annette Kurschus, zitiert in: Stern online; www.stern.de/gesellschaft/regional/niedersachsen-bremen/ekd-chefin---kurschus-kritisiert-ukraine-wegen-harscher-zurueckweisung-33355446.html.

Kyiv Security Compact, International Security Guarantees for Ukraine: Recommendations, published by the Co-Chairs of the Working Group on International Security Guarantees for Ukraine, Anders Fogh Rasmussen/Andrii Yermak, 13.9.2022, www.president.gov.ua/storage/j-files-storage/01/15/89/41fd0ec2d72259a561313370cee1be6e_1663050954.pdf.

Anatol Lieven, A Peace Settlement in Ukraine. If the war is to ever end, it will have to do so through some form of pragmatic compromise, in: The Nation, 22.6.2022, www.thenation.com/article/world/peace-settlement-ukraine/.

Anatol Lieven, Ukraine attacks in Russia should be an alarm bell for Washington, 25.5.2023, <https://responsiblestatecraft.org/2023/05/25/ukraine-attacks-in-russia-should-be-an-alarm-bell-for-washington/>.

Anatol Lieven/Jake Werner, Yes, the US can work with China for peace in Ukraine, Responsible Statecraft, 12.5.2023, <https://responsiblestatecraft.org/2023/05/12/how-the-us-can-work-with-china-for-peace-in-ukraine/>.

Anatol Lieven/George Beebe, Prigozhin erupts: Has a Russian succession struggle, Responsible Statecraft, 31.5.2023, <https://responsiblestatecraft.org/2023/05/31/has-a-succession-struggle-begun-in-russia/>.

Lord Owen u.a., Letter: Remember Kissinger's advice to the Ukrainians, in: Financial Times, 28.2.2022, www.ft.com/content/c43f8269-b302-487a-8789-bd8a137f1dd6.

Kardinal Reinhard Marx, Interview der Woche zur Friedensbotschaft und Ostern, Bayerischer Rundfunk, 8.4.2023, www.br.de/mediathek/podcast/br24-thema-des-tages/interview-der-woche-mit-kardinal-reinhard-marx-zur-friedensbotschaft-an-ostern/1966938.

OSZE, Wiener Dokument über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen, 2011, www.osce.org/files/f/documents/b/e/86599.pdf.

Heiko Pleines, Analyse: Die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen: Was ist möglich? Ukraine-Analysen Nr. 261, Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/346854.

Paul Poast, Pentagon Document leaks Foreshadow a Long War in Ukraine, 14.4.2023, www.worldpoliticsreview.com/pentagon-ukraine-leaked-documents-us-aid-russia-putin-war/. Helene Richard, Ukraine: Was wollen die USA?, in: Le Monde Diplomatique, Deutsche Ausgabe, 12.1.2023, <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5906059>.

Fogh Rasmussen Andrii Yermak, Kyiv Security Compact, 13.9.2022, www.president.gov.ua/storage/j-files-storage/01/15/89/41fd0ec2d72259a561313370cee1be6e_1663050954.pdf.

Wolfgang Richter, Der Westen trägt eine Mitverantwortung für die Ukraine-Krise, Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/233440.

Paul Schäfer, Der Krieg in der Ukraine. Acht Thesen über Moral und Linke Politik, www.paulschaefer.info/PDFs/Paul-Schaefer--Krieg-in-Ukraine--8-Thesen-zur-Linken.pdf. Paul Schäfer, Wie der Krieg gegen die Ukraine beendet werden kann www.paulschaefer.info/PDFs/Paul-Schaefer--Beitrag-Sonderheft-Vorgaenge-0803-2023.pdf.

Paul Schäfer, Reflexionen über den Krieg in der Ukraine und Möglichkeiten der Beendigung, 2023, www.paulschaefer.info/html/standp06-Reflexionen-Krieg-Russlands-in-Ukraine-2022.html.

Alexander Schallenberg, Die OSZE war noch nie ein Club der Gleichgesinnten,

in: FAZ 17.2.2023, www.faz.net/aktuell/politik/ausland/osze-versammlung-am-24-februar-oesterreich-warnt-vor-boykott-18685585.html.

Gesine Schwan, Deeskalation im Krieg. Putins politische Kosten erhöhen, in: FAZ online 26.02.2023, www.faz.net/-gsf-b4yol.

Johanna Shelest/Yevgeniya Gaber, Mehr Frauen an den Verhandlungstisch. In der Ukraine ist die Diplomatie weiterhin eine klassische Männerdomäne. Gerade jetzt ist es aber Zeit für eine feministische Außenpolitik, in: IPG-Journal, 7.3.2023, www.ipg-journal.de/ipg/autorinnen-und-autoren/autor/evgeniya-gaber/.

Simon Weiß, Ohne OSZE wird es nicht gehen. Zustand, Perzeptionen und Zukunft europäischer Sicherheit, in: Wissenschaft & Frieden 1/2023, S. 14-17, <https://wissenschaft-und-frieden.de/ausgabe/2023-1-jenseits-der-eskalation/>.

Herbert Wulf, Kampfansage an den Westen. Die BRICS-Staaten zielen auf ein Ende der bestehenden Weltordnung, in: IPG-Journal 12.6.2023, www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/kampfansage-an-den-westen-6766/?utm_campaign=de_40_20230613&utm_medium=email&utm_source=newsletter.

Herbert Wulf, Escalation, De-escalation and Perhaps – Eventually an End to the War? Policy Brief No. 128, Toda Peace Institute, Tokio 04/2022, <https://toda.org/policy-briefs-and-resources/policy-briefs/escalation-de-escalation-and-perhaps-eventually-an-end-to-the-war.html>.

Wolfgang Zellner, Eine Drei-Jahres-Strategie für die OSZE, in: OSCE Insights 2022, hrsg. von Cornelius Friesendorf/Argyro Kartsonaki, 1-9. DOI: 10.5771/9783748933632-05.

Wolfgang Zellner, Beyond Muddling Through: Towards an OSCE Interim Approach, in: OSCE Insights 2022, hg. von Cornelius Friesendorf, Argyro Kartsonaki, 57-64. DOI: 10.5771/9783748933625-05.

Wolfgang Zellner, Can and Should the OSCE Survive? in: Russia's War Against

Ukraine: Implications for the Future of the OSCE, hg. von Cornelius Friesendorf/ Stefan Wolff, S. 93-96, Hamburg IFSH, 2022, https://osce-network.net/fileadmin/user_upload/OSCE_Network_Perspectives_2022_20June_final.pdf.

Fußnoten



[1] Samuel Charap, An Unwinnable War. Washington Needs an Endgame in Ukraine, in: Foreign Affairs vom 5.6.2023, <https://www.foreignaffairs.com/ukraine/unwinnable-war-washington-endgame>, zuletzt aufgerufen am 19.7.2023.

[2] Vgl. hierzu, Hélène Richard, Ukraine: Was wollen die USA?, in: Le Monde diplomatique (Deutsche Ausgabe) vom 12.1.2023.

Siehe Peter Brandt/Reiner Braun/Reiner Hoffmann/Michael Müller (Initiatoren), Frieden schaffen – Waffenstillstand und Gemeinsame Sicherheit jetzt, Aufruf vom 1. April 2023, <https://neue-entspannungspolitik.berlin/waffenstillstand-und-gemeinsame-sicherheit-jetzt-friedensinitiative-aus-der-mitte-der-gesellschaft/>, zuletzt aufgerufen am 19.7.2023.

[4] Thomas Hoppe, Die Kirchen und der Krieg, in: Karenina – Petersburger Dialog Online vom 1.3.2023, www.karenina.de/russland/kirche/die-kirchen-und-der-krieg/, zuletzt aufgerufen am 19.7.2023.

[5] Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Annette Kurschus „Rütteln und schütteln wir Christus mit Gebeten, mit Worten und mit Taten.“, in: Pressemitteilung der EKD vom 9.4.2023, <https://www.ekd.de/osterbotschaft-kurschus-2023-78212.htm>, zuletzt aufgerufen am 19.7.2023.

[6] N.N., EKD-Ratsvorsitzende fordert 100 Milliarden Euro für Armutsbekämpfung, in: stern.de vom 26.3.2023, <https://www.ekd.de/osterbotschaft-kurschus-2023-78212.htm>, zuletzt aufgerufen am 19.7.2023.

[7] Interview der Woche mit Kardinal Reinhard Marx zur Friedensbotschaft an Ostern, in: BR24/Thema des Tages vom 8.4.2023.

Joe Biden, What America Will and Will Not Do in Ukraine, in: New York Times vom 31.5.2022, <https://www.nytimes.com/2022/05/31/opinion/biden-ukraine-strategy.html>, zuletzt aufgerufen am 19.7.2023. Darin schrieb Biden in der New York Times: „As President Volodymyr Zelensky of Ukraine has [8] said, ultimately this war, will only definitively end through diplomacy.” (...) „Every negotiation reflects the facts on the ground. We have moved quickly to send Ukraine a significant amount of weaponry and ammunition so it can fight on the battlefield and be in the strongest possible position at the negotiating table.”

Jürgen Habermas, Ein Plädoyer für Verhandlungen, in: Süddeutsche Zeitung [9] vom 14.2.2023, <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/juergen-habermas-ukraine-sz-verhandlungen-e159105/?reduced=true>, zuletzt aufgerufen am 19.7.2023.

Helmut Ganser, Perspektiven im Ukraine-Krieg. Unfassbare Nonchalance, in: taz-online vom 7.10.2022, <https://taz.de/Perspektiven-im-Ukraine-Krieg/!5882645/>. Ders., Debatte um deutsche Waffenlieferungen. Zwischen Skylla und Charybdis, in: taz-online vom 23.7.2022, <https://taz.de/Debatte-um-deutsche-Waffenlieferungen/!5866877/>. Ders., Das Werwolf- [10] Prinzip. Die Suche nach den Ursachen des Ukraine-Kriegs wird künftige Historiker zur inneren Dynamik Russlands führen. Aber auch zur Politik der NATO-Staaten, in: taz-online, 9.4.2023, <https://taz.de/Ursachen-des-Kriegs-gegen-die-Ukraine/!5923286/>, alle zuletzt aufgerufen am 19.7.2023.

Vgl. Anatol Lieven, Ukraine attacks in Russia should be an alarm bell for Washington, 25.5.2023, [https://responsiblestatecraft.org/2023/05 \[11\] /25/ukraine-attacks-in-russia-should-be-an-alarm-bell-for-washington/](https://responsiblestatecraft.org/2023/05/25/ukraine-attacks-in-russia-should-be-an-alarm-bell-for-washington/), zuletzt aufgerufen am 20.7.2023.

[12] Siehe Ganser, Das Werwolf-Prinzip (Anm. 10).

Vgl. Helmut Ganser, Offenes Winterfenster. Ein militärischer Sieg ist weder für die Ukraine noch Russland erzielbar. Die Chance für eine Beendigung [13] des Krieges muss jetzt genutzt werden, in: IPG-journal vom 22.12.2022, www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/offenes-winterfenster-6387/, zuletzt aufgerufen am 20.7.2023.

Evan Gershkovic, Artikel über den Niedergang der russischen Wirtschaft, Nachdruck aus dem Wall Street Journal, in: Die Zeit, 5.4.2023, S. 19,
[14] www.zeit.de/2023/15/russland-wirtschaft-energie-export-inflation, zuletzt aufgerufen am 20.7.2023.

Vgl. Janis Kluge, Warum ein langjähriger Krieg wahrscheinlich ist, in: Was die Aussicht auf einen längeren Krieg für Russland, die Ukraine und Belarus bedeutet, Stiftung Wissenschaft und Politik, 20.2.2023,
[15] <https://www.swp-berlin.org/en/publication/was-die-aussicht-auf-einen-laengeren-krieg-fuer-russland-die-ukraine-und-belarus-bedeutet>, zuletzt aufgerufen am 20.7.2023.

Siehe Andreas Zumach, in: Phoenix-Runde vom 10.1.2023,
[16] <https://www.youtube.com/watch?v=Cl4WpWFOflA&t=914s>, zuletzt aufgerufen am 20.7.2023.

[17] Ebenda.

Vgl. Thomas Graham/Rajan Menon, How to Make Peace With Putin - The West Must Move Quickly to End the War in Ukraine, in: Foreign Affairs vom 21.3.2022, <https://www.foreignaffairs.com/articles/ukraine/2022-03-21/how-make-peace-putin>. Siehe auch Anatol Lieven, A Peace Settlement in Ukraine, in: The Nation vom 22.6.2022, zuletzt aufgerufen am 20.7.2023.
[18] Vgl. auch Richard Haass/Charles Kupchan, The West Needs a New Strategy in Ukraine, in: Foreign Affairs vom 13.4.2023, zuletzt aufgerufen am 20.7.2023 und auch Samuel Charap/Miranda Priebe, Avoiding a Long War, in: RAND Corporation vom Januar 2023, <https://www.rand.org/pubs/perspectives/PEA2510-1.html>, zuletzt aufgerufen am 20.7.2023.

Vgl. Paul Poast, Pentagon Document Leaks Foreshadow a Long War in Ukraine, in: World Politics Review vom 14.4.2023,
[19] <https://www.worldpoliticsreview.com/pentagon-ukraine-leaked-documents-us-aid-russia-putin-war/>, zuletzt aufgerufen am 20.7.2023.

[20] Siehe Graham/Menon, How to Make Peace With Putin (Anm. 18).

Tapio Kanninen/Heikki Patomäki, Friedenspläne, in: Le Monde diplomatique

[21] (Deutsche Ausgabe) vom 12.1.2023, <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5906061>, zuletzt aufgerufen am 20.7.2023.

Treaty between The United States of America and the Russian Federation
[22] on security guarantees, 17.12.2021, https://mid.ru/ru/foreign_policy/rso/nato/1790818/?lang=en, zuletzt aufgerufen am 20.7.2023.

Lord Owen u.a., Letter: Remember Kissinger's advice to the Ukrainians, in:
[23] Financial Times vom 28.2.2022, www.ft.com/content/c43f8269-b302-487a-8789-bd8a137f1dd6, zuletzt aufgerufen am 20.7.2023.

Russian Offensive Campaign Assessment, in: Institute for the study of war
[24] vom 19.7.2023, <https://www.understandingwar.org/>, zuletzt aufgerufen am 20.7.2023.

[25] Siehe <https://www.foreignaffairs.com/>, zuletzt aufgerufen am 20.7.2023.

[26] <https://responsiblestatecraft.org/tag/ukraine-war/>, zuletzt aufgerufen am 20.7.2023.

[27] Vgl. Charap/Priebe, Avoiding a Long War (Anm. 18).

[28] Ebd.

[29] Ebd., S. 14.

[30] Ebd.

[31] Ebd., S. 26.

[32] Samuel Charap, An Unwinnable War (Anm. 1).

Heiko Pleines, Analyse: Die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen: Was
[33] ist möglich?, in: Ukraine-Analysen Nr. 261, der Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/346854>, zuletzt aufgerufen am 20.7.2023.

Wolfgang Ischinger, Raus aus der Schockstarre: Ein möglicher Weg zum Frieden in der Ukraine, in: Tagesspiegel vom 12.3.2023,

[34] <https://www.tagesspiegel.de/internationales/raus-aus-der-schockstarre-ein-moglicher-weg-zum-frieden-in-der-ukraine-9471989.html>, zuletzt aufgerufen am 20.7.2023.

Wiener Dokument 2011 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, OSZE Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, <https://www.osce.org/files/f/documents/b/e/86599.pdf>, zuletzt aufgerufen am 20.7.2023.

Open Skies, Rüstungskontrolle: A319-OH Offener Himmel-Zertifizierung ist bedeutender Meilenstein, <https://www.bmvg.de/de/themen/friedenssicherung/ruestungskontrolle/vertrag-ueber-den-offenen-himmel-oh-open-skies>, zuletzt aufgerufen am 20.7.2023.

Charta von Paris für ein neues Europa - Erklärung des Pariser KSZE-Treffens der Staats- und Regierungschefs (Teil vier von vier), Bulletin 137-90 vom 24.11.1990, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/charta-von-paris-fuer-ein-neues-europa-erklaerung-des-pariser-ksze-treffens-der-staats-und-regierungschefs-teil-vier-von-vier--788584>, zuletzt aufgerufen am 20.7.2023.

Siehe <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-europalexikon/177089/konferenz-ueber-sicherheit-und-zusammenarbeit-in-europa-ksze/>, zuletzt aufgerufen am 20.7.2023.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz "CC BY-NC-ND 3.0 DE - Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland" [Link: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>] veröffentlicht. Autor/-in: Martina Fischer für Deutschlandarchiv/bpb.de

Sie dürfen den Text unter Nennung der Lizenz CC BY-NC-ND 3.0 DE und des/der Autors/-in teilen.
Urheberrechtliche Angaben zu Bildern / Grafiken /

Videos finden sich direkt bei den Abbildungen.

Sie wollen einen Inhalt von bpb.de nutzen? [Link:
[https://www.bpb.de/die-bpb/faq/184955
/nutzungsrechte/](https://www.bpb.de/die-bpb/faq/184955/nutzungsrechte/)]
